

VORLÄUFIGER LEHRPLAN- GYMNASIUM -P O L I T I K
=====

Grundkurs / Leistungskurs

1982/83

Für die Klassenstufe 12/1

: - - - - -

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Instrumentale Lernziele für die gesamte Hauptphase	S. 03
Unterrichtliche Voraussetzungen	S. 05

Teil AUnterrichtseinheiten für den Grund- und den LeistungskursI. Unterrichtseinheit (Einführung):

Das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	S. 06
--	-------

II. Unterrichtseinheit: Vergleich der politischen Systeme

<u>1. Teil:</u> Das politische System der Bundesrepublik	S. 09
<u>2. Teil:</u> Das politische System der DDR	S. 12
<u>3. Teil:</u> Möglichkeiten eines Vergleichs der Systeme	S. 16

III. Unterrichtseinheit: Vergleich

<u>Soziale Marktwirtschaft - Zentralverwaltungs-</u> <u>wirtschaft</u>	S. 18
(Statische Analyse beider Wirtschaftssysteme)	

2-V SL
7(1982)
12,1

Teil B

Unterrichtseinheiten zusätzlich für
den Leistungskurs

IV. Unterrichtseinheit (Weiterführung
der III. UE):

Dynamische Analyse beider Wirtschafts-
systeme

S. 21

V. Unterrichtseinheit:

Vergleich der Gesellschaften der Bundes-
republik Deutschland und der DDR

S. 22 bis 24

Anhang: Handreichungen (gesondert)

INSTRUMENTALE LERNZIELE FÜR DIE GESAMTE HAUPTPHASE

Die folgenden instrumentalen Lernziele sollten im Laufe der Halbjahre 12/1 bis 13/2 jeweils am konkreten, themenbezogenen Beispiel im fortlaufenden Unterricht erreicht werden.

Die Lernziele 1 bis 3 sind besonders wichtig im Hinblick auf die Kursarbeiten und die Abiturprüfung.

LernzielLerninhalt

- | | |
|--|--|
| 1. | 1. |
| Der Schüler soll fachspezifische Darstellungsformen kennen. | z.B. Bericht, Kommentar, Interview, Rede, Gesetzestext, Programm, Diagramm, Schaubild, Statistik |
| 2. | 2.1 |
| Er soll fach- und sachadäquate Arbeitstechniken anwenden können. | z.B. Gliedern, Ordnen, Abstrahieren, Konkretisieren, Generalisieren bei der Darstellung von Sachverhalten |
| | 2.2 |
| | z.B. Übertragen in andere Darstellungsformen (wie: statistische Angaben in eine Graphik übertragen; eine Graphik/Statistik verbalisieren; einen Text graphisch veranschaulichen) |
| 3. | 3. |
| Er soll angewandte Methoden beurteilen können. | zum Beispiel:
- Erörtern möglicher methodischer Schritte zur Lösung von Aufgaben
- Begründen eines eingeschlagenen Lösungsweges
- Überprüfen von Methoden auf ihre Aussagekraft |

4.

Der Schüler soll die Technik der Beschaffung und der Auswertung von Informationen kennen und anwenden können.

(Dieses Lernziel gilt vor allem für das Halbjahr 13/2!)

4.

4.1 Formen der Informationsquellen

(z.B. Lexika, Handbücher, Lehrbücher, Sachwortverzeichnisse; Fachzeitschriften, -bücher; Bibliographien)

4.2 Fundorte für Quellen

(z.B. Buchhandel, Bibliotheken, Zeitungsverlage; Jahrbücher bestimmter Institutionen)

4.3 Organisation von Bibliotheken

(am Beispiele der Schulbibliothek, der Gemeindebücherei, der Universitätsbibliothek)

4.4 Anlage eines Literaturverzeichnisses

zu einem bestimmten Thema

4.5 Auswerten und Ordnen von Informationen

durch Anlage einer Kartei

4.6 Korrektes Behandeln von Zitaten in

Referaten zu einem Thema aus dem Lehrplan

UNTERRICHTLICHE VORAUSSETZUNGEN

Der Schüler sollte zu Beginn des Halbjahres 12/1 über Grundkenntnisse des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland gemäß den Lehrplänen der Klassen 10 und 11 für Sozialkunde/Politik verfügen.

Er sollte im gesamten Halbjahr 12/1 außer dem eingeführten Lehrbuch als eigenes Arbeitsmaterial benutzen:

- 1) Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
(jeweils neuester Stand)
- 2) Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (jeweils neuester Stand, möglichst mit Angabe der bis jetzt erfolgten Änderungen)
- 3) Programm und Statut der SED vom IX. Parteitag der SED, 1976
- 4) je nach Liefermöglichkeit: Zahlenspiegel.
Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland -
Deutsche Demokratische Republik, Bonn, 2. Auflage
März 1981

Die Texte Nr. 2, 3 und 4 können in der Regel kostenlos bezogen werden (Bestellung in Kursstärke) bei:

Gesamtdeutsches Institut
- Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben -
Referat Publikationen
Adenauerallee 10
Postfach 1640
5300 Bonn 1

VORBEMERKUNG: Diese einführende Unterrichtseinheit knüpft an die Unterrichtseinheit VII des Lehrplanes der Klasse 11 "Ausgewählte Aspekte zur Deutschen Frage" an. Sie soll nur einen plakativen Abriss des Selbstverständnisses beider Systeme geben und nicht die Problematisierung vorwegnehmen, die im Halbjahr 13/1 erfolgt.

A Das Selbstverständnis der Bundesrepublik

Der Schueler soll Grundcharakteristika des Selbstverständnisses des politischen Systems der Bundesrepublik kennen.

L e r n z i e l :	L e r n i n h a l t :
<p>1) Er soll die Bedeutung der Grundrechte im Verhältnis zum Staat erfassen können.</p> <p>2) Er soll die leitenden Verfassungsprinzipien kennen.</p> <p>2.1 Er soll Elemente und Funktionen des Rechtsstaates kennen.</p> <p>2.2. Er soll Aspekte des Sozialstaates kennen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Grundrechte stehen vor dem Staat, dessen Aufgabe im Schutz des Grundrechtskatalogs besteht. (Verfassungsrechtliche Ansprueche fuer das Individuum) - Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht - Freiheitssicherung, Rechtsgleichheit, Rechtssicherheit, Unabhängigkeit der Richter - Soziale Sicherung, soziale Teilhabe, Gestaltung der Wirtschaftsordnung

I. Unterrichtseinheit: DAS SELBSTVERSTÄNDNIS DER BUNDESREPUBLIK
UND DER DDR - Ein Abriss -

1 / 2 Po-121 - 0982 - 06

L e r n z i e l :	L e r n i n h a l t :
<p>2.3. Er soll das Demokratieprinzip der Bundesrepublik Deutschland kennen.</p> <p>2.4. Er soll das föderalistische Prinzip kennen.</p> <p>3) Er soll die Bundesrepublik in ihrem ideologischen Selbstverständnis als eine liberal - pluralistische Demokratie begreifen und wesentliche Merkmale der Konkurrenztheorie nennen können.</p>	<p>Pluralistische Demokratie: Opposition, Mehrheitsprinzip, repräsentatives Prinzip, wertgebundenes Demokratieverständnis ...</p> <p>Föderalistische Struktur der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Vielfalt der Auffassungen und Interessen; Gemeinwohl als regulative Idee; Konflikt und Konsens; politische Konkurrenz</p>

B Das Selbstverständnis der DDR

Der Schueler soll Grundcharakteristika des Selbstverständnisses des politischen Systems der DDR kennen.

L e r n z i e l :	L e r n i n h a l t :
<p>1) Er soll die Bedeutung der Menschenrechte im Verhältnis zum Staat erfassen können.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Menschenrechte sollen keine Freiheit vom Staat, sondern eine Freiheit zum Staat gewähren, - Verpflichtung, Menschenrechte zum Wohle der Gesellschaft aktiv zu gebrauchen (gesellschaftliche Zweckbestimmung), - keine Einklagbarkeit der Menschenrechte.

1 / 2 Po-121 - 0982 - 07

L e r n z i e l :	L e r n i n h a l t :
<p>2) Er soll die leitenden Verfassungsprinzipien kennen.</p> <p>2.1. Er soll Elemente und Funktionen des Verfassungsstaates kennen.</p> <p>2.2. Er soll Aspekte des Sozialwesens kennen.</p> <p>2.3. Er soll das Demokratieprinzip der DDR kennen.</p> <p>2.4. Er soll das Prinzip des Einheitsstaates kennen.</p> <p>3) Er soll die DDR in ihrem ideologischen Selbstverständnis als eine sozialistische Demokratie mit dem verbindlichen Ziel der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" begreifen und wesentliche Merkmale der Identitätstheorie nennen können.</p>	<p>- Prinzip der sozialistischen Gesetzlichkeit, - führende Rolle der Partei</p> <p>Soziale Rechte in der Verfassung (Recht auf Arbeit und Bildung); Verankerung der Prinzipien, an denen sich das soziale Handeln zu orientieren hat.</p> <p>Sozialistische Demokratie: Souveränität des werktätigen Volkes, führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei ...</p> <p>Demokratischer Zentralismus</p> <p>Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus; sozialistischer Staat unter Führung der Arbeiterklasse als eine Form der Diktatur des Proletariats; führende Rolle der Partei und Einheit des politischen Willens (Nationale Front); Marxismus/Leninismus als objektive, auf Wahrheit beruhende Grundlage; Bündnis mit der SU und sozialistischer Internationalismus.</p>

1 / 2 Po-121 - 0982 - 08

II. Unterrichtseinheit: VERGLEICH DER POLITISCHEN SYSTEME DER BUNDESREPUBLIK UND DER DDR

=====

1. Teil: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Vorbemerkung: Der Lehrplan der Hauptphase setzt die Lernziele und Lerninhalte der Klassenstufen 10 und 11 voraus. Der Fachlehrer sichert in 12/1 diese Kenntnisse im Hinblick auf die Abiturprüfung. Insbesondere sollten überprüft werden

- Klasse 10, die Unterrichtseinheiten 4 und 5 (Parteien und Wahlen, Das parlamentarische System der Herrschaft);
- Klasse 11, die Unterrichtseinheiten 4 und 5 (Grundrechte der politischen Beteiligung, Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland: Organisation und Bedeutung für den Bürger).

Der Schüler soll die in den oben genannten Unterrichtseinheiten vermittelten Lernziele erreicht haben, um in 12/1 einen vertieften Einblick in die Arbeit des Parlaments, die Probleme der Parlamentarismuskritik und der Parteiensoziologie zu gewinnen und diese Probleme diskutieren zu können:

Lernziel

1. Der Schüler soll die Mitwirkung staatlicher Organe an der Gesetzgebung erläutern können.
2. Er soll am Beispiel des Gesetzgebungsprozesses die Stellung der Verbände innerhalb des Regierungssystems darstellen und problematisieren können.

Lerninhalt

- Ablauf des Gesetzgebungsprozesses einschließlich der Beteiligung des Bundespräsidenten und der Möglichkeit der Normenkontrollklage
- Einfluß der Verbände auf die Gesetzgebung:
- Möglichkeiten der Einwirkung,
 - Funktion und Bewertung;

3. Er soll am Beispiel des Gesetzgebungsprozesses die Einbindung des Abgeordneten in die Partei- und Parlamentsoligarchie, seine Beeinflussung durch Verbände und die hiermit verbundenen Einschränkungen der Willensbildung von unten nach oben beschreiben und problematisieren können.

4. Er soll andererseits das freie Mandat des Abgeordneten als Hindernis für die Durchsetzung des politischen Willens der Partei, ihrer Basis und ihrer Oligarchie, sowie der Wähler aufzeigen und beurteilen können.

5. Er soll den Machtverlust des Parlaments durch inner- und außerparlamentarische Entscheidungsgremien darstellen können.

6. Er soll die Funktionen der Opposition im demokratisch-parlamentarischen Entscheidungs- und Kompromisfindungsprozeß beschreiben und beurteilen können.

Stellung des Abgeordneten im Gesetzgebungsprozeß;

Das freie Mandat als Möglichkeit der freien Entscheidung des Abgeordneten gegenüber der Oligarchie,
- als Hindernis einer Basisdemokratie,
- als Sicherung eines "aufgeklärten Absolutismus des Parlaments" (Carlo Schmid).

Einwirkungen der Ministerialbürokratie, des Vermittlungsausschusses, der Koalitionsausschüsse, der Parteitage.

Funktionen der Opposition:

- personelle und sachliche Alternativen,
 - in der Regel faktische Beschränkung der parlamentarischen Kontrollfunktion auf die Opposition,
 - Beweger der Politik,
 - Chance des Machtwechsels,
 - institutionalisierte andere Meinung,
 - Integration opponierender Bevölkerungsgruppen;
- Erfüllung dieser Funktionen durch Abgeordnete und Fraktionen des Bundestages und der Landtage.

7. Zusammenfassend soll der Schüler am Beispiel der Zusammenfassung der Funktionen des Parlamentes des Gesetzgebungsprozesses das Parlament als Ort des gesamtgesellschaftlichen Kompromisses, der Legitimation und der Kontrolle von Herrschaft verstehen und diskutieren können.

8. Er soll das bestehende Parteiensystem beschreiben können, indem er Parteitraditionen und ihre Entstehung aufzeigt. Er soll die wichtigsten Parteitypen erläutern können.

9. Der Schüler soll die Beteiligungsmöglichkeiten des Bürgers an der politischen Willensbildung beurteilen können.

Parteitraditionen: Liberalismus, politisches Christentum, Konservatismus, Sozialismus, neue politische Bewegungen;

Parteitypen:

- Honoratioren- und Massenpartei,
- Wähler-, Mitglieder- und Kaderpartei,
- Klassen- und Volkspartei;

Tendenz zum technokratischen Berufspolitikertum;

Der Bürger zwischen Repräsentationsprinzip und direkter politischer Beteiligung.

II. Unterrichtseinheit - 2. Teil -: DAS POLITISCHE SYSTEM DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Lernziele

Lerninhalte

1. Die Staatsorgane und ihr Verhältnis zueinander

Der Schüler soll die verfassungsmäßigen Staatsorgane nennen und ihre Funktion innerhalb des demokratischen Zentralismus beschreiben können.

Gewaltenvereinigung in der Volkskammer und ihren ständigen Organen: Staatsrat, Ministerrat, Nationaler Verteidigungsrat, Oberstes Gericht "Einheit von Beschlußfassung und Durchführung"

2. Die Rolle des Staates in der Gesellschaft nach eigenem

Selbstverständnis

2.1 Der Schüler soll die behauptete Identität von Staat und Gesellschaft beurteilen können.

2.1 Der Staat als

- verfassungsmäßiges Machtinstrument der Arbeiterklasse
- Gesetzgeber (Volkskammer und Zentralverwaltung)
- Arbeitgeber (Volkseigentum)
- Konsum - und Freizeitgestalter (Staatshandel / Massenorganisationen und gelenkte Massenmedien)

2.2.1 Er soll den Begriff "sozialistische Gesetzlichkeit" erläutern können.

2.2.2 Er soll den Begriff der Errungenschaften der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" erläutern können.

2.2.3 Er soll erläutern können, wie der Staat sich gegen "imperialistische Bedrohungen" von Innen und Außen schützt.

2.2.1 - ständige Neuauslegung der Verfassung gemäß den gesellschaftlichen Erfordernissen

- der parteiliche Richter
- die Verpflichtung des Einzelnen, die Menschenrechte zum Wohl der Gesellschaft aktiv zu gebrauchen

2.2.2 - Interessenidentität aller Werktätigen auf ihrem Wege zum Kommunismus

- Abschaffung der "Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftlichen Abhängigkeit"

2.2.3 - Postulat der "Friedlichen Koexistenz" (vgl. Lehrplan 12/2)

- paramilitärische Organisationen und die Nationale Volksarmee
- Staatssicherheitsdienst
- unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion

3. Formen der politischen Beteiligung

3.1 Der Schüler soll erkennen, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach der Verfassung die alleinige staatliche Führungsmacht ist und wie sie ihren Führungsanspruch sichert.

3.2 Er soll erkennen, daß Wahlen in der DDR der Mobilisierung aller Bürger und der Herrschaftsbestätigung dienen.

3.3 Er soll anhand eines Beispiels beschreiben können, wie politische Konflikte möglicherweise geregelt werden.

- 3.1 - Aufbau und Funktion der SED und ihrer Massenorganisationen:
Territorial - und Produktionsprinzip
Kadersystem
- Rolle der Nationalen Front bei der Kandidatenaufstellung vor Wahlen
- starre Festlegung der Mehrheitsverhältnisse in der Volkskammer zugunsten der SED und ihrer Massenorganisationen
- 3.2 - Möglichkeit der freiwilligen offenen Stimmabgabe zusammen mit dem Kollektiv
- Einheitsliste
- hohe Wahlbeteiligung als Beweis der Interessenidentität von Volk und Staat
- 3.3 zum Beispiel:
- die Rolle der Abgeordneten und Funktionäre, kontroverse Maßnahmen zu erläutern und zu rechtfertigen

- Agitation und/oder Verschweigen in den Massenmedien
- Neuinterpretation der Parteilinie
- Elitenwechsel aus Krankheitsgründen
- Positionssicherung durch Selbstkritik oder Personenkult
- Erziehungsmaßnahmen im Rahmen kollektiver Sanktionen
(z.B. in der Schule) oder durch Konflikt- und
Schiedskommissionen (vgl. "sozialistische Recht-
sprechung")
- Schuldzuweisungsmechanismen: z.B.
Naturereignisse, Klassenfeind, mangelndes Bewußtsein

4. Die Stellung des Bürgers

Der Schüler soll einige Gesichtspunkte zur Beurteilung der Stellung des einzelnen Bürgers nennen und erläutern können.

zum Beispiel:

- Pflicht zur Beteiligung an der gesellschaftlichen Aufbauarbeit
- keine einklagbaren Rechte gegenüber dem Gemeinwesen; stattdessen ausgedehntes Vorschlags- und Petitionsrecht gegenüber Partei und Staat
- Mitgliedschaft in der SED (Aufnahmebedingungen!) und in den Massenorganisationen

II. Unterrichtseinheit - 3. Teil - : Möglichkeiten des Vergleichs der politischen Systeme
der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

<u>KATEGORIE</u>	<u>BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</u>	<u>DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK</u>
LEGITIMATION DER HERRSCHAFT	Bedeutung der Wahlen, Rolle der Parteien, Politische Alternativen im Parteiensystem, Sonstige Wahlmechanismen (inner- parteiliche Wahlen, Mitbestim- mung in der Wirtschaft usw.), Legitimation durch Staatsleistung (in der Regel des Sozialstaates)	Bedeutung der Wahlen, Führungsrolle der Partei durch ihren Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, offenes Bekenntnis zum Staat, sozialistische Mitbestimmung, Legitimation durch Staatsleistung: (Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik)
KONTROLLE DER MACHTRÄGER	Gewaltenverschränkung / Gewältenteilung, Rolle der Opposition, Kontrollwirkung der öffentlichen Meinung (Medien), Interessenverbände / Kirchen / Bürgerinitiativen, Bundesverfassungsgericht	Gewalteneinheit durch demokra- tischen Zentralismus, Kritik an einzelnen Funktionsinhabern, doch keine Richtungskontrolle, Gleichschaltung der Medien, innerparteiliche Elitenkontrolle, Sozialistische Gesetzlichkeit/Gerichtsbarkeit

1 / 2 Po-121 - 0982 - 16

PARTIZIPATION

Wahlbeteiligung,
Mitgliedschaft in Parteien,
Verbänden, Bürgerinitiativen
(Rekrutierungsgrad, Schichtzu-
gehörigkeit, Motive),
Mitbestimmung in wirtschaftlichen
Teilbereichen,
Soziale Voraussetzungen/ Hinder-
nisse der Partizipation,

INTERESSEN-
BERÜCKSICHTIGUNG

Einfluß durch Pluralismus,
Verhältnis Staat - Verbände,
Zusammensetzung der Volksparteien,
Sozialstruktur des Bundestages,

SICHERUNG VON
GRUNDWERTEN

freiheitliche demokratische
Grundordnung,
streitbare Demokratie,

Wahlbeteiligung,
Mitgliedschaft in Parteien
und Massenorganisationen
(Rekrutierungsgrad, Schichtzu-
gehörigkeit, Motive),

Volksaussprachen,
Gesetzes- und Planinitiativen,
Sozialistischer Wettbewerb,

Einfluß durch Interessenidentität/
Harmonie,
Nationale Front,
Herrschaft der Arbeiterklasse,
Sozialstruktur der Volkskammer,

Grundnormen des Marxismus-Leninismus,
Kampf gegen Abweichung

III. Unterrichtseinheit: VERGLEICH DER WIRTSCHAFTSSYSTEME DER BUNDESREPUBLIK UND DER DDR (1):

=====

Statische Analyse der Sozialen Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft

Vorbemerkung: Der Schüler soll zur statischen Analyse beider Wirtschaftssysteme befähigt werden, d.h. er soll die bestehenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Formen herausarbeiten können.

Lernziel

1. Der Schüler soll erkennen, daß für beide Systeme ähnliche Ausgangsdaten bestehen.
2. Er soll wissen, daß für beide Systeme ähnliche wirtschaftspolitische Ziele bestehen.
3. Er soll die Rechtsgrundlagen beider Wirtschaftssysteme erläutern können.

Lerninhalt

1. Ausgangsdaten für beide Wirtschaftssysteme:
 - Bedürfnisse der Bürger
 - Knappheit von Ressourcen (Rohstoffe)
 - schwierige Altersstruktur der Bevölkerung (Rentenfrage)
2. Wirtschaftspolitische Ziele für beide Systeme:
 - Steigerung der Lebensstandards (wirtschaftliches Wachstum)
 - Vollbeschäftigung
 - stabile Preise
 - Verbesserung der Lebensqualität
3. Rechtsgrundlagen beider Wirtschaftssysteme:
 - Definition des Wirtschaftssystems der DDR in der DDR - Verfassung
 - keine exakte Bestimmung der sozialen Marktwirtschaft im Grundgesetz

1 / 2 Po-121 - 0982-18

4. Der Schüler soll das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik in seinen Grundzügen kennen.
- 4.1 Er soll die Merkmale (Voraussetzungen) der Sozialen Marktwirtschaft nennen können.
- 4.2 Er soll wissen, daß Konjunkturschwankungen ein Merkmal sozialer Marktwirtschaften ist.
- 4.3 Er soll das Problem staatlicher Maßnahmen zur Beeinflussung von Konjunkturschwankungen am Beispiel der antizyklischen Haushaltspolitik erläutern können.
- 4.4 Er soll Aufgaben und Instrumente der Deutschen Bundesbank kennen.
- 4.5 Er soll wissen, daß die Bundesrepublik ein exportintensives Land ist, das mit dem Ausland erhebliche Wirtschaftsbeziehungen hat.

5. Der Schüler soll das Wirtschaftssystem der DDR in seinen Grundzügen kennen.
- 5.1 Er soll die Voraussetzungen des Wirtschaftssystems erläutern können.

4. Die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik

- 4.1 - Privateigentum an Produktionsmitteln
- dezentrale Planung
- freie Preisbildung
- 4.2 Definition, Darstellung des Verlaufs einer Konjunkturschwankung und deren Merkmale
- 4.3 Problem staatlicher Konjunktursteuerung
- 4.4 Überblick über Aufgaben und Instrumente der Bundesbank (Diskont- Mindestreservepolitik)
- 4.5 Umfang des Außenhandels, (Export/Import) und die daraus entstehenden Probleme wie Abhängigkeit und Wechselkursrisiko

5. Die Zentralverwaltungswirtschaft der DDR

- 5.1 - Eigentumsform
- Planungsform
- Preisbildung

1 / 2 Po-121 - 0982 - 19

5.2 Er soll einen Überblick über die Planungsinstanzen in der DDR geben können.

5.3 Er soll Probleme aus der Existenz zentraler Planung nennen können.

6. Der Schüler soll erkennen, daß beide Wirtschaftssysteme trotz gegenseitiger Positionen umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen haben, aus denen sich Probleme ergeben.

5.2 Planungsinstanzen der DDR

5.3 - Gefahr der Fehlplanung

- schwierige Revision der Pläne

- Nichteinhaltung eines Planes gefährdet andere Pläne

6. Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und deren Probleme

± Umfang der Beziehungen (Statistik)

- Problem des sog. "Swing"

ZUSÄTZLICH NUR FÜR DEN LEISTUNGSKURS:

=====

IV. Unterrichtseinheit: VERGLEICH DER WIRTSCHAFTSSYSTEME DER BUNDESREPUBLIK UND DER DDR (2):

=====

Dynamische Analyse der Sozialen Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft

Vorbemerkung: Der Schüler soll zur dynamischen Analyse beider Wirtschaftssysteme befähigt werden, d.h. er soll an zwei Beispielen diskutieren können, welches Wirtschaftssystem gegenwärtige und zukünftige Probleme besser lösen kann.

1. Der Schüler soll am Beispiel der Güterversorgung, der Beschäftigung oder Einkommensverteilung Probleme beider Systeme analysieren können.

2. Er soll den Beitrag beider Systeme zur Lösung der Rohstofffrage und der Ökologie diskutieren können.

1. Probleme beider Systeme, dargestellt an aktuellen Beispielen

- Bedürfnisbefriedigung
- Sozialprodukt
- Vollbeschäftigung und freie Berufswahl
- Preise und Kaufkraft
- Einkommensverteilung

2. Das Problem der Rohstoffknappheit

z.B.: Muß der Staat die Verteilung knapper Ressourcen besorgen oder soll die Verteilung über den Markt (Preisbildung) gehen?

ZUSÄTZLICH NUR FÜR DEN LEISTUNGSKURS:

V. Unterrichtseinheit: Vergleich der Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Lernziele

Die Schüler sollen

1: ausgehend von den bisher erworbenen Kenntnissen (11 und 12/1) das unterschiedliche Verständnis von Gesellschaft und Staat in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR erarbeiten können.

Lerninhalte

Bundesrepublik Deutschland:

Staat und Gesellschaft als ausdifferenzierte und binnendifferenzierte Wirklichkeiten, die in einem wechselseitigen Spannungs- und Beeinflussungsverhältnis stehen.

- Gesellschaft als Gefüge von Institutionen und Handlungssystemen mit je eigener Dynamik und Zielrichtung (Dominanz der Mikrosoziologie in der pluralistischen Gesellschaft).
- Staat als begrenzte, eigene Wirklichkeit mit spezifischer Legitimation und spezifischem Anspruch

DDR:

Der Staat - selbst Organ der bestimmenden gesellschaftlichen Interessenvertretung, der Partei, der Trägerin des gesellschaftlichen Bewußtseins - organisiert und harmonisiert die Industriegesellschaft: Das politische System als gesellschaftliches Integrationssystem (Marxismus-Leninismus als dominierende Gesellschaftstheorie)

2. daraus ableiten können,

a) daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR prinzipiell in anderer Weise, mit anderer Zielsetzung betrieben wird und daß daher der direkte Vergleich beider Gesellschaften auf vielen Ebenen erschwert oder unmöglich gemacht wird,

b) daß die "Gesellschaft" dementsprechend von den Einzelnen in der Bundesrepublik und in der DDR anders erlebt wird.

Bundesrepublik Deutschland:

Grundsätzliche Fragestellungen in der Soziologie etwa am Beispiel des Inhaltsverzeichnisses eines Lehrbuches:

Theorie der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Verhaltens
Abweichendes Verhalten
Schichtmodelle
Eliteforschung
u.a.

DDR:

- Das ursprüngliche Bild der sozialistischen Gesellschaft machte zunächst eine eigene soziologische Wissenschaft überflüssig, denn die Überwindung des kapitalistischen Systems sollte zwangsläufig zur Auflösung gesellschaftlicher Widersprüche und ihrer Folgen (z.B. Kriminalität, Scheidungen, Elitebildung, ..) führen.
- Die vorsichtige Entdeckung der Soziologie als Technik zur Erforschung von speziellen Sozialdaten zur Planungshilfe

Bundesrepublik Deutschland:

Das Erlebnis der relativen Autonomie der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche und Prozesse

DDR:

1. Der politisch-gesellschaftliche Zugriff auf den Einzelnen z.B. in der Schule, im Betrieb, in der Jugendgruppe, in der Freizeit, ..
2. Die Möglichkeiten subjektiver Umdeutung von objektiven Zielsetzungen: Die Umpolung des Politisch-Gesellschaftlichen zum Privaten.

1
Po-121 - 0982 - 23

3. sich - im Bewußtsein der Problematik eines gesellschaftlichen Vergleiches beider Systeme - mit Sozialdaten der Bundesrepublik und der DDR auseinandersetzen können.

Beispiel:
"Gesellschaft für Sport und Technik":
vormilitärische Ausbildung versus Motorradfahren
und Führerscheinwerb
3. Relative Freiräume: z.B. Kirche, West-Fernsehen, ..

Sozialdaten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR: Ähnlichkeiten (Typ der Industriegesellschaft),
Unterschiedlichkeiten

z.B.: Gesellschaftsstruktur
gesellschaftlicher Status
Wandel der Elite
Rolle der Frau
Freizeitverhalten
u.a.